



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint vierzehntägig Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 1,25 Mark, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Paula Thiede ✦

Der unerbittliche Schnitter, der in den letzten Jahren fürchterliche Ernte gehalten und auch in unsere Reihen manchen klaffenden Riß gerissen, hat uns jetzt unsere Beiste genommen. In der Nacht zum 3. März hat Paula Thiede für immer die Augen geschlossen! Ein schweres, heimtückisches Darmleiden, das sie vor über einem Jahre befiel und dem keine ärztliche Kunst gewachsen war, hat sie nach langem qualvollem Leiden dastingerafft. Schon lange war für ihre Angehörigen und ihre nähere Umgebung die Hoffnung auf eine Besserung oder Wiedergenehung geklungen. Nun aber das schmerzliche Ereignis eingetreten, fühlen wir die ganze Wucht des herben Verlustes, dem wir uns machtlos beugen müssen.

Mit Paula Thiede ist einer jener seltenen Menschen dahingegangen, die berufen sind, Großes zu vollbringen, deren Lebenswerk sie überdauert und ihren Namen unauslöschbar mit ihrer Schöpfung verbindet. Und unsere Organisation, der Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands, war ihre Schöpfung und seine heutige Gestalt und seine Stärke war der Verstorbenen Lebenswerk!

Seit der Entstehung der Hilfsarbeiterbewegung stellte die Verbundene ihre ganze Kraft und ihre vielseitigen natürlichen Fähigkeiten in den Dienst der Allgemeinheit. Ihr Organisations Talent ließ sie schnell erkennen, wie notwendig die zentralistische Zusammenfassung der in der Arbeiterkchaft ruhenden Kräfte ist und so war auch die vor über 20 Jahren erfolgte Gründung des Verbandes in der Haupt Sache der Ausfluß ihrer Initiative. Das alles aufzuzählen, was die Verstorbene seit jener Zeit als Vorstehende des Verbandes für die gesamte deutsche Kollegenkchaft geleistet hat, hieße die Geschichte des Verbandes schreiben.

In allen Situationen, selbst in den ärmlichsten Zeiten, fand ihr klarer Verstand und das ihr im besonderen Maße

eigne taktische Geschick den Weg, der immer zur Lösung der schwierigsten Aufgaben führte. Ihre gefällige und doch jeder erkünstelten Phrasen abholde Ausdrucksweise, hat ihr als Rednerin stets den im Interesse der von ihr vertretenen Sache liegenden Erfolg gebracht. Ob in Versammlungen zu der Masse der Kollegenkchaft sprechend, ob auf Verbandstagen, Konferenzen oder in Verhandlungen mit den Prinzipalen, überall wirkte ihre starke, ehrliche Ueberzeugung. Ihr Wirken und die Art ihres Auftretens verschafften der Verstorbenen in weiten Kreisen der Kollegenkchaft Liebe und Anhänglichkeit und selbst ihre sachlichen Gegner in Unternehmerkreisen traten ihr stets in geziemender Hochachtung entgegen.

Ständig an sich selbst bildend und vervollkommnend, wurde sie mit dem Verbands groß und nun mußte das an Sorgen und harter Arbeit, aber auch an schönen Erfolgen reiche Leben keinen beklagenswerten Abschluß finden.

Viel zu früh ist unsere Paula von uns gegangen! Schwer werden wir ihre sicher-führende Hand missen und ihre liebevolle Hilfe bei der Durchführung all der schweren Aufgaben, die unser noch harren, entbehren.

Die Kollegen und Kolleginnen Deutschlands stehen heute im Geiste an der Bahre ihrer großen Toten und trauern um ihre Führerin, die ihnen der Tod für immer entzogen hat. Was aber nicht überblickbar war an Paula Thiede, ihr Geist, ihr Werk, unser Alle umfassender Verband, der wird weiter

bestehen und kraftvoll im Sinne der Verstorbenen wirken. Den Dank aber, den wir ihr für all das, was sie geleistet und geschaffen hat, schulden, können wir nur damit abtragen, daß wir geloben, stets getreu der Bahn zu folgen, die sie uns gewiesen. Das Andenken an unsere Kollegin Paula Thiede werden wir mit diesem Gelöbniß am besten ehren!

Sie ruhe in Frieden!

Für die Wochen vom 9. bis 15. März und 16. bis 22. März 1919 sind die Beitragsmarken in die mit 11 resp. 12 bezeichneten Felder des Mitgliedsbuches zu kleben.

Witteilungen des Verbandsvorstandes.

Betrifft Steuerungsulagen.

Die vom Demobilisierungsamt durch Anordnung vom 21. Dezember 1918 mit Gesehkrast ausgestatteten Vereinbarungen über Erhöhung der Steuerungsulagen für Gehilfen und Hilfsarbeiter im Buchdruckgewerbe sind auf Beschluß des Buchdruckerrats im Einverständnis mit dem Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker auch als tarifliches Recht anerkannt worden.

Die für alle in Buchdruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen ab 1. Januar 1919 festgesetzte Erhöhung der Steuerungsulagen beträgt in Orten

mit einem Lokalaufschlag (§ 12 des Deutschen Buchdrucker-Tarifs)	für männ- liche Hilfsarbeiter	für weib- liche jugendliche Hilfsarbeiter
von 0 bis 2 1/2 Proz.	7,— Mk.	5,— Mk.
„ 5 „ 10 „	7,50 „	5,50 „
„ 12 1/2 „ 17 1/2 „	8,— „	6,— „
„ 20 „	9,— „	6,50 „
„ 25 „	10,— „	7,— „
in Berlin	15,— „	10,— „

Diese Sätze haben in allen Buchdruckereien und in allen Orten Deutschlands bis 31. März Geltung; darüber hinaus und zwar bis 31. August 1919 für diejenigen Orte, an denen tarifliche Vereinbarungen für Hilfsarbeiter bestehen.

Diesigenen Prinzipale, die mit der Zahlung der seit 1. Januar 1919 geltenden neuen Steuerungsulage aus irgendwelchen Gründen im Rückstande geblieben sind, haben die Nachzahlung dieser Steuerungsulage am nächsten Zahltag zu bewerkstelligen.

Nachdem sich die Vertretung der Prinzipalsorganisation in der letzten Sitzung des Tarifausschusses bereit erklärt hat, in spätestens vier Wochen mit unserem Verbands in Verhandlungen über die künftige Gestaltung der Hilfsarbeitertariffrage einzutreten, sollte am 3. und 4. März eine Konferenz unserer Gauleiter zu diesen Verhandlungen Stellung nehmen. Infolge der inzwischen eingetretenen teilweisen Stilllegung des Eisenbahnverkehrs mußte die Konferenz bis nach Beseitigung der Verkehrsstörungen vertagt werden. Die dadurch bedingte Hinausschiebung des Verhandlungstermins hat aber nicht zur Folge, daß in den Orten ohne Tarife eine Herabsetzung der Steuerungsulagen nach dem 31. März eintritt. Wir fordern unsere Ortsverwaltungen und auch die Kollegenschaft allerorts auf, sowohl über die strikte Durchführung der Steuerungsulagenbeschlüsse zu wachen, die restlose Nachzahlung der bisher verweigerten Zulagen zu fordern und jeden eventuellen Versuch, Kürzungen vorzunehmen, auf das energischste zurückzuweisen!

Betrifft Ueberstundenbezahlung.

Die für Gehilfen festgesetzte Art der Berechnung von Ueberstunden ist sinngemäß auch auf das Hilfspersonal anzuwenden. Demnach gilt als Stundenlohn derjenige Betrag, der sich aus der Division des Gesamtwochenverdienstes, (Grundlohn und Steuerungsulage), mit der Zahl 48 ergibt. Als Zuschläge gelten die ortsüblichen resp. die tariflich festgesetzten Sätze.

Der Zahlstelle Brandenburg a. S. ist die Erhebung eines Lokalbeitrages von wöchentlich 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder vom Verbandsvorstand genehmigt worden.

Die in Nr. 3 mitgeteilte Bewilligung der Erhebung eines Lokalbeitrages in Stettin ist insofern richtig zu stellen, als der Beitrag um 5 Pf. auf 10 Pf. erhöht wurde.

Der Verbandsvorstand:
J. A. C. Bucher, 2. Vorsitzender.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern.

Auf Veranlassung der französischen Gewerkschaftszentrale fand im Anschluß an die internationale sozialistische Konferenz in Bern eine internationale Gewerkschaftskonferenz in der Zeit vom 5. bis 9. Februar statt. Gewerkschaftsvertreter aus Frankreich, Schweiz, Deutschland, Deutsch-Österreich, Ungarn, Böhmen, Schweden, Norwegen, Dänemark, Griechenland, Kanada, Großbritannien, Holland und der von der italienischen Landesorganisation im Laufe des Krieges abgeplitterten Unione di Lavoro nahmen daran teil.

Die Konferenz war keine ordnungsgemäße Tagung des internationalen Gewerkschaftsbundes. Die an ihr teilnehmenden Vertreter waren mit Ausnahme der Schweizer, Franzosen und Italiener auf der internationalen Sozialisten-Konferenz anwesend und waren beauftragt, an der internationalen Gewerkschaftskonferenz sich zu beteiligen, soweit diese nicht Organisationsfragen des internationalen Gewerkschaftsbundes zum Gegenstand ihrer Beratungen machte. An den Vortragsreden, die an den Tagen vor der Gewerkschaftskonferenz zwischen den Gewerkschaftsvertretern auf der Sozialisten-Konferenz und den Vertretern des schweizerischen Gewerkschaftsbundes stattgefunden hatten, wurde allseitig zum Ausdruck gebracht, daß die Angelegenheiten des internationalen Gewerkschaftsbundes nur von diesem allein beraten und entschieden werden können. Dementprechend wurde auch in der ersten Sitzung der Gewerkschaftskonferenz der Vorschlag der Franzosen, die Frage der Sitzverlegung des Gewerkschaftsbundes zu beraten, abgelehnt. Die Konferenz setzte aber eine Kommission ein, die über die schnellste Herbeiführung einer neuen internationalen Gewerkschaftskonferenz, in der über die Wiedererrichtung einer aktionsfähigen Internationale beraten werden kann, eine Einigung mit den französischen Delegierten suchen sollte. Das Ergebnis der Kommissionsberatungen wurde in einer von Grünwald-Bien im Auftrage der Kommission vertretenen Resolution niedergelegt. Diese Resolution erklärt, daß der Bestand einer starken internationalen Gewerkschaftsbewegung eine der wichtigsten Voraussetzungen für den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse aller Länder sei, und daß daher für die rascheste endgültige Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Internationale eingetreten werden müsse. Die Konferenz forderte die in Amsterdam befindliche Zweigstelle des internationalen Gewerkschaftsbundes auf, im Einvernehmen mit den dem Bunde angehörenden Landeszentralen und der Korrespondenzstelle der Gewerkschaften aus den Weststaaten in Paris auf, schleunigst, spätestens aber bis zum Mai dieses Jahres, eine weitere internationale Gewerkschaftskonferenz einzuberufen mit der Aufgabe, die Geschlossenheit der Gewerkschaftsinternationale wiederherzustellen. Die Resolution fand die einstimmige Annahme der Konferenz. Wie Dubocquet am Schlusse der Konferenz mitteilen konnte, hatten die inzwischen von ihm mit dem Führer der französischen Landesorganisation, Jouhaux, geführten Besprechungen ein Einvernehmen dahin erzielt, daß die Konferenz des Gewerkschaftsbundes zum Anfang Mai einberufen werden solle.

Die wichtigere Arbeit der Konferenz betraf die Frage eines internationalen Arbeiterschutzesprogramms. Bisher lagen zwei solche vor: Das eine war von den Gewerkschaften Englands, Frankreichs und Belgiens in einer Konferenz in Leeds 1916 beschlossen, das zweite ist das vom internationalen Gewerkschaftsbund im September 1917 in Bern angenommene Arbeiterschutzesprogramm. Die Unterschiede zwischen den beiden Programmen sind nicht erheblich, und die Gewerkschaftskonferenz machte es zu ihrer Aufgabe, die Differenzen auszugleichen, um zu einem einheitlichen Programm

der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu kommen. Die wesentlichste Differenz bestand in der Frage der Freizügigkeit. In Leeds hatte man das „Recht auf Arbeit“ überall, wo ein Arbeiter Beschäftigung finden konnte, proklamiert und die öffentliche Organisation der Kontraktarbeit als Aufgabe festgelegt. Der Internationale Gewerkschaftsbund dagegen beschränkte sich auf die Proklamation der Freizügigkeit und lehnte im Anschluß an frühere Beschlüsse der internationalen Arbeiterkongresse und Gewerkschaftstagungen die Kontraktarbeit ab. Nachdem Jouhaux (Frankreich) erklärt hatte, daß die Franzosen mit ihrer Forderung des Rechts auf Arbeit auch nichts anderes wollen, als was die Deutschen unter dem Begriff der Freizügigkeit verstehen, war der Ausgleich auf der jetzigen Konferenz in Bern schnell herbeigeführt. Die Konferenz übernahm aus dem Programm des Gewerkschaftsbundes den Abschnitt über die Freizügigkeit, ebenso den über das Koalitionsrecht und die Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den einheimischen in allen Fragen des Arbeiterrechts. Ebenso wurde das Verbot der Nachtarbeit von Kindern unter 15 Jahren dem Berner Programm entnommen; aber zugleich wurde die Forderung dahin ergänzt, daß die allgemeine Schulpflicht in allen Ländern durchzuführen sei mit dem Ziel, die allgemeine berufliche Bildung vorzubereiten; die höhere wissenschaftliche Bildung müsse allen zugänglich sein. Die Fähigkeiten und Neigungen der jungen Leute dürfen durch ihre materiellen Existenzbedingungen nicht behindert werden.

Der Schutz der Jugendlichen im Alter von 15 bis 18 Jahren wurde im wesentlichen dem Programm des Gewerkschaftsbundes gemäß gefordert. Die Delegation des englischen Gewerkschaftskongresses, die an der Konferenz teilnahm, ließ zu Protokoll erklären, daß sie jedoch nicht das Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen in Bergwerken bei Arbeiten unter Tage gutheißen könne, weil die englischen Bergarbeiter für die Kohlenbauer die rechtzeitige handwerksmäßige Erlernung dieses Berufes durchgeführt haben. Im übrigen stimmten auch die Engländer für den geforderten Schutz der Jugendlichen. Ebenfalls wurden die Forderungen über den Arbeiterschutzes in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Gewerkschaftsbundes abgelehnt. Eine von feministischem Geiste diktierte Deklaration der sozialistischen Frauen Schwedens gegen ein Verbot der Nachtarbeit der Frauen in Betrieben, wo Männer des Nachts arbeiten dürfen, wurde zur Kenntnis genommen, aber ohne weitere Beachtung gelassen.

Hinsichtlich der Forderung eines Maximalarbeitstages, ging die Konferenz über die früheren Programme von Leeds und Bern hinaus, indem sie den sofortigen Uebergang zum Achtstundentag oder zur 48 stündigen Arbeitswoche forderte. Dieser Beschluß wurde damit motiviert, daß heute, nachdem der Achtstundentag durch die Revolution in einer Reihe von Ländern zur gesetzlichen Tatsache geworden ist, und nachdem er in England auf gewerkschaftlichem Wege ebenfalls im wesentlichen durchgeführt wurde, könne von einem längeren Uebergangsstadium nicht mehr geredet werden; darüber bestand vollständige Einmütigkeit auf der Konferenz; ebenso in der Forderung des Verbots der Nachtarbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens für alle Betriebe, die nicht ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf Nachtarbeit angewiesen sind. Ein englischer Antrag, dem Programm einzufügen, daß der freie Samstagnachmittag in allen Ländern anzustreben ist, fand einstimmige Annahme.

Die Forderungen des Gewerkschaftsbundes bezüglich einer zusammenhängenden Ruhepause von 36 Stunden wöchentlicher wurden übernommen. Die Forderungen betreffend Hygiene und Unfallverhütung, Heimindustrie, Sozialversicherung, Seelente, Gewerbeaufsicht usw. wurden ebenfalls übernommen. Darüber hinaus stellte die Konferenz die Forderung auf, daß in allen Arbeitsgebieten, in denen der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters ober einer Arbeiterin zu einer gestörten Lebensführung nicht hinreicht und in denen der Abschluß von Lohnvereinbarungen durch Arbeiterverbände sich als unmöglich erweist, paritätisch zusammengestellte Lohnsätze zu errichten sind, mit der Aufgabe, rechtsverbindliche Lohnsätze aufzustellen.

Eine Neugestaltung erfährt das Programm des Gewerkschaftsbundes hinsichtlich der weiteren

Fororderungen des internationalen Arbeiterschutzes. Die früheren Programme von Leeds und Bern verlangten die Einsetzung des Arbeitsamtes der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz als internationale Zentralstelle für den Arbeiterschutz. Dagegen machten sich auf der jetzigen Konferenz in Bern Bedenken geltend. Man war der Auffassung, daß die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz nicht unter die Kontrolle der Regierungen gebracht werden dürfe, sondern eine freie Organisation für soziale Forschungsarbeiten bleiben müsse. Andererseits wurde besonders von den Engländern und Franzosen, denen sich in der Kommission Jansson (Deutschland) angeschlossen, geltend gemacht, daß der internationale Arbeiterschutz in der Zukunft dem Einfluß der Bürokratie nach Möglichkeit entzogen werden müsse. Das neue Berner Programm enthält dementsprechend die Forderung, daß die vertragschließenden Staaten eine ständige Kommission errichten sollen, die zu gleichen Teilen aus Vertretern des Völkerbundes und des internationalen Gewerkschaftsbundes bestehen soll. Diese Kommission soll die von den Vertragsmächten beschickten, alljährlich abzuhaltenden internationalen Arbeiterschutzbundestagungen vorbereiten und berufen. Die Hälfte der stimmberechtigten Teilnehmer an diesem Kongresse muß aus Vertretern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jedes Landes bestehen und die Kongresse sollen im Rahmen der ihnen zugewiesenen Kompetenzen bindende Beschlüsse fassen können. Die ständige Kommission wiederum soll in dauerndem Zusammenwirken mit dem internationalen Arbeitsamt in Basel und dem internationalen Gewerkschaftsbund bleiben.

Das solchermassen ungearbeitete internationale Arbeiterschutzprogramm der Gewerkschaften wurde auf der Konferenz von Jansson im Auftrage der Kommission begründet und fand nach kurzer Diskussion einstimmige Annahme. Ein Referat zum gleichen Thema hatte Souhauz (Frankreich) übernommen, der eine Proklamation an die Arbeiter aller Länder vorlegte, welche von der Konferenz einstimmig angenommen wurde. Diese Proklamation weist die Arbeiter auf die Notwendigkeit der internationalen Sozialreform und auf die noch größere Notwendigkeit der Beseitigung der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen hin. Die Arbeiter müssen eine internationale Organisation der Arbeit anstreben, sich ein Mindestmaß von Garantien moralischer und materieller Art sichern und so die Neuordnung vorbereiten, der die Arbeiterwelt zutreibt.

Einem Antrage der Franzosen gemäß nahm die Konferenz zur Frage des Völkerbundes Stellung. Die von Kube (Deutschland) im Auftrage der Kommission vertretene Resolution stellt sich auf den Boden eines Bundes der Völker, der Freiheit, Gerechtigkeit und die Beseitigung der Kriege bezweckt und alle wirtschaftlichen und politischen Trennungen der Völker beseitigt.

Eine zweite Resolution der französischen Delegierten wurde ebenfalls einstimmig angenommen; sie entbietet den Revolutionen, die in vielen Ländern die Throne stürzten und die Herrschaft der Bourgeoisie beseitigten, den Gruß der Konferenz. Die Konferenz ehrt das Andenken der Millionen Arbeiter, die in allen Ländern auf den Schlachtfeldern fielen als Opfer derjenigen, die die Gewalt der Waffen dem Rechte der Völker entgegensetzten.

Im Verlaufe der Konferenz richtete Jansson (Deutschland) an die Delegierten der englischen und französischen Gewerkschaften die Anfrage, welche Stellung sie einnehmen zu der Verklagung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich und Verschärfung der Blockade gegen Deutschland, durch welche Millionen deutscher Arbeiter zur Arbeitslosigkeit und zum Hunger verurteilt werden. Souhauz (Frankreich) gab hierauf die Erklärung ab, daß, trotzdem die Frage heikel sei, er doch erklären müsse, daß die französische Delegation in keinem Falle billige, daß ein siegreiches Land ein besiegtes Land dem Hunger aussetze und die Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit verwende. Unsere Sympathie gilt dem deutschen Volke ebenso wie allen Völkern. Das Elend des deutschen Volkes läßt uns nicht gleichgültig. Allein die Deportationen in Belgien und Nordfrankreich und die Behandlung der russischen Kriegsgefangenen nach dem Frieden von Brest-

Litowsk erschweren unser Vorgehen, das wir gegenüber unserer Regierung einschlagen wollen. Mit diesen Schwierigkeiten muß ganz besonders gerechnet werden angesichts der Verstärkungen in Belgien und Nordfrankreich. Ich wiederhole jedoch in bestimmter Weise, daß nach unserer Ansicht ein siegreiches Volk ein besiegtes Volk nicht zu Hunger und Zwangsarbeit verurteilen darf. Dies wollen wir ohne jede Zweideutigkeit erklärt haben.

Brunning (England) schloß sich dieser Erklärung an und bemerkte:

„Die Ereignisse des Krieges haben im englischen Volke große Entrüstung gegen das deutsche Volk hervorgerufen. Die englischen Gewerkschaften werden trotzdem alles tun, um die Deutschen nicht der Zwangsarbeit auszusetzen und in den Hunger zu treiben. Die Revolution in Deutschland hat eine Aenderung gebracht. Die englischen Gewerkschaften wollen heute einen baldigen Frieden der Versöhnung und werden in diesem Sinne tun, was ihnen möglich ist, können aber für die Aufrechterhaltung der Blockade keine Verantwortung übernehmen.“

Die deutsche Delegation erklärte darauf, daß sie eine andere Stellungnahme der Franzosen und Engländer nicht erwartet hätte; sie verwies insbesondere gegenüber den Franzosen auf das erfolgreiche Einschreiten der deutschen Gewerkschaften gegen die Deportationen. Es sei ihnen nicht nur gelungen, die Einstellung der Deportationen herbeizuführen, sondern sie haben auch großen Massen der Deportierten die Rückkehr in die Heimat ermöglicht. Auch hätten sie ihren ganzen Einfluß für die belgischen Arbeiter mit Erfolg eingesetzt.

Damit war auch diese Angelegenheit zu allseitiger Zufriedenheit erledigt. Es darf festgesetzt werden, daß auf dieser internationalen Gewerkschaftskonferenz, auf der zum ersten Mal wieder die Gewerkschaftsvertreter von hien und drüben zusammen waren, irgendwelche Unstimmigkeiten wesentlicher Art nicht zutage traten. Die Meinungsverschiedenheiten betrafen lediglich die Formulierung des einen oder anderen Punktes in den Beschlüssen, die aber sämtlich einstimmig gefaßt werden konnten. Mit aller Bestimmtheit kann darauf gerechnet werden, daß die Gewerkschaftsinternationale bei ihrer bald stattfindenden Tagung wieder neu und kraftvoll erstehen wird.

Korrespondenzen.

Braunschweig. In der Mitgliederversammlung am 9. Februar, die sich hauptsächlich mit den Feuerungszulagen beschäftigte, wurde ein Schreiben der Prinzipalsvereinigung zur Kenntnis gebracht, in dem es u. a. heißt,

„daß die den Buchdrückern und Buchdruckereihilfsarbeitern durch Anordnung des Demobilisierungsamtes genehmigte Erhöhung der Feuerungszulage von den Prinzipalen nicht anerkannt wird, weil sie unter Verletzung des Tarifvertrages und Mißbrauch der Staatsgewalt zustande gekommen ist. Die Einberufung des Tarif-Ausschusses ist bereits beantragt. Die Aufhebung der Anordnung ist mit Sicherheit zu erwarten.“

Trotz dieses ablehnenden Standpunktes haben die Prinzipale den Gehilfen die Feuerungszulage, wenn auch „unter Vorbehalt“, bezahlt, halten sich aber an den niedrigst entlohnerten Berufsangehörigen, den Hilfsarbeitern, schadlos. Auch dieser Brief wird dazu beitragen, den noch der Organisation fernstehenden Kollegen und Kolleginnen die Augen zu öffnen und ihnen zu zeigen, daß sie ohne Hilfe des Verbandes der Willkür der Unternehmer wehrlos ausgeliefert sind. Mitgeteilt wurde noch, daß in einem Betriebe durch das tatkräftige Eingreifen eines Vertrauensmannes der Gehilfen die Hilfsarbeiterchaft in den Bezug der Feuerungszulage kam, wofür dem Betreffenden der Dank ausgesprochen wurde. Es wäre wünschenswert, wenn dieses Beispiel von Solidarität Nachahmung auch in anderen Geschäften fände und die Gehilfen es sich auch angelegen sein ließen, unter dem Hilfspersonal agitatorisch zu wirken. Auf vielfachem Wunsch wurde dann beschlossen, am Sonnabend, den 22. Februar, ein Kappenfest stattfinden zu lassen. Ferner sprach sich die Versammlung gegen die Wiedereinführung der Sommerzeit aus.

Dresden. Am 4. Februar fand unsere diesjährige General-Versammlung statt, die wieder sehr zahlreich besucht war. In einleitenden Worten wurde zunächst der letzte verstorbene Mitglieder

und zwar des Kollegen Artur Wetters und der Kolleginnen Arida Glöckner und Gertrud Hinge gedacht, wozu sich die Versammlung von den Plätzen erhob. Kollege Herrmann nahm hierbei Gelegenheit, nochmals die Person und Tätigkeit des früheren Vorsitzenden Paul Herrmann hervorzuheben: „Er ruhe sanft in fremder Erde, sein Andenken sei uns heilig!“ Die zahlreich anwesenden Feldgrauen wurden mit einem „Seid herzlich willkommen in unserer Mitte“ begrüßt. Den Geschäfts- und Kassenbericht pro 1918 gab Kollege Herrmann. In seiner Gesamtstruktur ist das darin enthaltene Zahlenmaterial reichhaltiger und läßt eine allgemeine Auf- und Vorwärtsbewegung zweifellos erkennen. Durch die Wiederanmeldung der Feldgrauen, sowie durch die Rückkehr aus der Kriegsindustrie hat sich der Mitgliederbestand stark gehoben, so daß die Tausend bald erreicht sein wird. Die Einnahmen und Ausgaben bilanzieren in diesem Abschluß erstmalig mit 20.000 Mk. Die Arbeitslosen-Unterstützung ist seit der Demobilisierung bedeutend angewachsen, desgleichen ist die Kranken-Unterstützung durch die Grippe-Epidemie um 63 Prozent gestiegen. Auszüglich seien folgende Positionen angegeben: Die Einnahmen betragen an Eintrittsgeld 257,60 Mk. gleich 390 Personen, an Beiträgen 14.553,80 Mk. gleich 24.508 Beiträge, an Prozenten 1108,80 Mk. An die Hauptkasse überwiesen 6948,57 Mk. Die Ausgaben betragen an Arbeitslosen-Unterstützung 317,90 Mk., an Kranken-Unterstützung 1900,70 Mk., an Kartellbeiträgen 375 Mk., an Porto 199,87 Mk., an Miete, Heizung und Gas 440,36 Mk., an Telefon 80,05 Mk., an Bürobedarf 98,29 Mk., an Drucksachen 236,78 Mk. Der Mitgliederbestand am Jahresende belief sich auf 170 männliche und 552 weibliche gleich 722. Gegen das Vorjahr eine Zunahme von 88 männlichen und 86 weiblichen Mitgliedern gleich 174. Während der Arbeitsnachweis in den Kriegsjahren infolge der Abwanderung in andere, besser bezahlte Berufe immer einen Mangel an Arbeitskräften zu verzeichnen hatte, ist jetzt das Gegenteil eingetreten. Die Heeres-Entlassenen haben im letzten Quartal die Beschäftigungslosen beträchtlich vermehrt. Von den Arbeitgeber wurden im Arbeitsnachweis 249 Stellen gemeldet, diesen standen 288 Arbeitslose gegenüber. Die Agitations- und Veranlagungs-Tätigkeit war im Berichtsjahr ziemlich reger. Es wurden abgehalten 6 Versammlungen, 41 Druckerbesprechungen, 6 Vorstandssitzungen, 12 Vorprachen, 6 verschiedene Sitzungen und 4 Kassen-Revisionen. Der Gauleiter war dreimal in Bangen, zweimal in Zittau und einmal in Chemnitz. Am Schluß seines Berichtes dankte Kollege Herrmann für die erfolgreiche Mitarbeit der Funktionäre und verschiedener Mitglieder, wünschend, daß auch für die Zukunft das so bleiben möge. Nur unter derartigen Voraussetzungen könne die Zahlstelle hochgebracht und die Verwaltungsgeschäfte von einer Person bewältigt werden. Kollege Thiracksch als Revisionsobmann beantragte hierauf die Entlastung des Kassierers, die einstimmig erfolgte. Uebergehend zu den Neuwahlen für die Gesamtverwaltung bemerkte Kollege Herrmann, daß nun nach beendetem Kriege ein vollbesetzter Verwaltungsrat wieder geschaffen werden soll. Trotz wiederholter Ergänzung bei Einberufungen sei das Kollegium einschließend des Revisors auf fünf Köpfe zusammengeschmolzen. Die in der Vertrauenspersonennennung gemachten Vorschläge wurden akzeptiert und dazu von der Versammlung noch die Kollegen Rübisch, Paul Müller und Solbrig, sowie die Kollegin Claus genannt. An Stelle eines aus der Revisions-Kommission ausgeschiedenen Mitgliedes ist Kollege Reischke von den Vertrauenspersonen bereits vorgeschlagen. Um die Person des Vorsitzenden entspann sich eine längere, lebhafte Debatte. Die Kollegen Franz, Sanderhaus, Erbrich und Rübisch sprachen für und wider die Neubesetzung dieses zurzeit vom Kollegen Franz Herrmann mitverwalteten Postens. Kollege Herrmann erklärte hierzu, daß er auch fernerhin den Vorsitz, ebenso wie er es bisher getan, führen werde. Er machte geltend, daß auch anderwärts der Beamte gleichzeitig als Vorsitzender fungiert und als solcher für seine Person auf eine Remuneration verzichtet. Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen war, wurde zur Wahlhandlung geschritten. Eine Wahlkommission, bestehend aus den Kollegen Solbrig, Erbrich und Fischer übernahm die Verteilung der gedruckten Stimmzettel. Während des Einmählens und Auszählens der Zettel wurde vom Kollegen Herrmann über den Stand der Feuerungszulagen-Bewegung berichtet. Redner bemerkte, daß die Dresdener Drucker-Prinzipale bei der diesmaligen Zulage im allgemeinen eine ablehnende Stellung eingenommen haben. Diejenigen Firmen, von denen wir Klage beim Gewerbechiedsgericht eingereicht haben, kommen morgen zur Verhandlung und dürfen wir sicherlich mit einem günstigen Urteil rechnen. Der Staats-Kommissar

für Demobilmachung, Dr. Dehm, verweist darauf, daß hier eine gesetzliche Zahlungsverpflichtung besteht, die von allen Arbeitgebern befolgt werden muß, wenn sie nicht in Strafe verfallen wollen. Das unterdessen zusammengestellte Wahlergebnis wurde nunmehr bekannt gegeben. Als Vorsitzender ist Kollege Herrmann gewählt. Als Vorstandsmitglieder die Kollegen Süntherhaus, Henker, Mädler, Thiemig, Drechsel, Franz, Hans Hoffmann und Nubis, sowie die Kolleginnen Lina Zahn und Marie Vogel. Der nächstmeisten Stimmenzahl entsprechend kommen noch als Ersatz-Personen in Frage die Kollegen Paul Müller und Solbrig, sowie die Kollegin Claus. In die Revisions-Kommission wurden gewählt die Kollegen Hirsbach und Leichte und die Kollegin Lina Zahn. Zum Schluß wurde der Wunsch laut, alsbald den Mitgliedern wieder einmal eine Theater- oder Tanzabend zu bieten. Einstimmig schloß man sich diesem Wunsche an und verpfaht Kollege Herrmann dahin gehende Schritte zu tun.

Frankfurt a. M. Für die Gewerkschaften ist, wie viele meinen, die goldene Zeit gekommen. Der Krieg mit seinen schweren Verlusten für die Arbeiterbewegung überhaupt ist endlich beendet. Die große Masse der Arbeiter kehrt zur friedlichen Tätigkeit zurück und findet selbstverständlich ihren Weg zur Organisation wieder. Diejenigen, die ein gültiges Schicksal, einen Herzklapp oder Fürtsprache von guten Freunden und hohen Gönnern während der wilden Jahre zu Hause gelassen hat, befinden sich auf ihre Pflichten und halten ihrem Verband nach kürzerer oder längerer Unterbrechung wieder die Treue. Selbst die Arbeiterin, deren Arbeitskraft im Kriege höhere Wertung gefunden hat, schießt sich der Organisation an. So erstarkt der Verband und wird im wirtschaftlichen Leben und Kampf zu dem Machtfaktor, den die Arbeitnehmer zur Vertretung ihrer berechtigten Forderungen unbedingt nötig haben. Auch in unserm Verband ist es so wie in der Gewerkschaftsbewegung überall. Alte Mitglieder, die der Krieg gewaltsam von uns genommen hat, kommen wieder, reuige Sünder, die die Beitragszahlung vergesen haben, kehren zurück und selbstverständlich wollen die Kolleginnen nicht zurückstehen. Der Anlaß dazu ist nicht nur das Kriegsende, den Drang zur Organisation hat uns hauptsächlich die frische, freie Luft der Revolution gebracht. Noch im letzten Kriegsjahre war es in Frankfurt a. M. für den Verband nicht gut bestellt, wenn auch keine Ursache vorlag, schwermütig zu werden. Die Zahlstelle trat mit 132 Mitgliedern in das neue Geschäftsjahr ein. Die Verwaltung hatte einen schweren Stand, da es ihr an geeigneten Mitarbeitern fehlte. Der Lokalmangel an Orte legte gewisse Beschränkungen auf, so daß weniger Mitgliederveranstaltungen abgehalten wurden, als statutarisch vorgeesehen sind. Sie behandelten durchweg die Feuerungszulagen. Es war nicht leicht, die dort gefassten Beschlüsse bei den Prinzipalen zu vertreten, die selbständig und ohne Verhandlung mit der Leitung die Säge festlegen wollten. Die Forderungen der Mitglieder lehnten die Prinzipale ab, nachdem es zu Verhandlungen gekommen war und erst der Entschluß des Tarifamtes brachte den Frieden im Gewerbe, indem es neue Mindestlöhne festsetzte, die bis Jahreschluß bestanden. Das örtliche Tarifabkommen wurde auf ein Jahr verlängert. Die treuen Zeiten haben auch in Frankfurt a. M. die Hilfsarbeiter mobil gemacht. Die Zahl der Mitglieder stieg fortgesetzt in der zweiten Hälfte des Jahres. Die letzten 8 Wochen brachten den meisten Gewinn. Die Hilfsarbeiter sind jetzt am Orte zu gut 90 Prozent organisiert. Und so war es auch im Gau. Die alten Zahlstellen nahmen eine gute Entwicklung, neue wurden gegründet. Sana u. Dffenbach gehören wieder dem Verbands an. Kassel kann besonders günstige Resultate aufweisen. Auch die Bewegung im Gau I ging rüstig vorwärts und hält noch an. Bei entsprechender Agitation, die jetzt durch die Besetzung zum Teil behindert ist, können dem Verbands viele Mitglieder zugeführt werden. Im Dezember wurden dort ungefähr 400 Mitglieder gezählt. In der ordentlichen Generalversammlung der Zahlstelle konnte daher Kollege Nalb einen guten Bericht geben. Die Einrichtung eines paritätischen Nachweises für das ganze gravische Gewerbe wurde dringend gefordert. Die Verhandlungen schweben noch, werden aber bald zu einem günstigen Abschluß gebracht werden. Die alten Vorstandsmitglieder wurden wieder bestätigt, neu wurden die Kollegin Ribniger als Beisitzerin und Kollege Schulze als Schriftführer hinzugewählt. Die Abrechnung des Kassierers ergab für die Lokalkasse eine Einnahme von 1303,65 Mk. und 928,05 Mk. Ausgabe, so daß sich der Kassenbestand um 375,60 Mk. vermehrte. Die Lokalkasse hat jetzt einen Bestand von 937,37 Mk. Die ab 1. Januar zu zahlenden neuen Feuerungszulagen, die für die

Hilfsarbeiter 9.— Mk. und für die Kolleginnen 6,50 Mk. ausmachen, ließen in Frankfurt etwas auf sich warten. Wie auch an anderen Orten lehnten die Buchdruckereibesitzer die Zahlung der Zulagen ab, sie wollten erst einen Beschluß der ordentlichen Tarifinstanzen sehen. Den Gehilfen und Hilfsarbeitern aber war die Anordnung des Demobilmachungsamtes Beschluß und Geiz genug und sie machten den Prinzipalen sehr deutlich, daß sie keine Ausföhrung sofort verlangten, worauf die Zulagen unter Protest gezahlt wurden. Für die Kollegen und Kolleginnen im Steindruck liegen die Verhältnisse nicht so günstig. Die im Vergleich zu den Buchdruckereien sehr niedrigen Grundlöhne bedürfen noch einer gründlichen Aufbesserung. Zum Teil ist das schon gelungen. In den gemischten Betrieben sind durchweg die Abmachungen mit den Buchdruckereibesitzern schon anerkannt. Die reinen Steindruckereien folgen langsam, eine nach der andern. Entscheidend ist dabei das Organisationsverhältnis des Hilfspersonals. Die Verhandlungen mit der Geschäftsleitung führen immer wenigstens zur Anerkennung der Notlage und damit Zahlung der Feuerungszulagen. Die Betriebe sind jetzt durchweg gut organisiert und von dem Zusammenhalt der Arbeiter und Arbeiterinnen wird das Ergebnis mancher Verhandlung am Ende des März abhängig sein, wenn die Unternehmer die Zulagen „abbauen“ wollen. Den Arbeitern ist es natürlich lieber, wenn sie mit einem Wochenverdienst von 15 Mk. besser auskommen können als jetzt mit 7,5 Mk. und sie haben dann auch nichts gegen einen „Abbau“ der Löhne einzuwenden. Es ist jetzt und nicht nur in Arbeitgeberkreisen an der Tagesordnung, von den Lohnstreikereien der Arbeiter zu reden, die sich bald mit den Kassenscheinen die 15 Pf.-Zigaretten anzünden können. Einige bauerliche Vorfälle haben dazu Veranlassung gegeben und werden nur vielfach verallgemeinert. Jene wilden Bewegungen haben mit den Gewerkschaften und den berechtigten Forderungen ihrer Mitglieder gar nichts gemein. Es darf wohl bescheiden daran erinnert werden, daß nicht zuerst die Löhne, sondern die Preise für die notwendigsten Bedarfsartikel gestiegen sind. Wenn jetzt die Arbeiter versuchen, einen Ausbruch herbeizuföhren, so wird ihnen das nur von Leuten verbadt werden können, die um ihren vollen Geldbeutel bangen und solchen, die sich von denen zurechen lassen, daß die Entwertung des Geldes den Lohnforderungen der Arbeiter zugunsten sei. Die Gewerkschaften werden scharf darüber wachen, daß bei einem Niedergang zuerst die Preise den Anfang machen und die Löhne langsam und nur bis zu einer gewissen Grenze nachfolgen werden, die bestimmt wird von der notwendigen Höhe der Lebensführung. Die „dicke Briefftasche“ des Arbeiters trägt wahrlich keine Schuld an den traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Noch sind sie immer die Leidtragenden.

Kundschau.

Dem Deutschen Buchdruckerarif rechtsverbindliche Kraft im Sinne der Verordnung vom 23. Dezember 1918 zu verleihen, hat das Tarifamt durch eine Eingabe an die Reichsregierung beantragt. Der Buchdruckerverband sowie der Gutenbergbund haben eine Zustimmungserklärung abgegeben, die gleichfalls der Reichsregierung zugestellt wurde.

Drei Millionen Mitglieder der deutschen Gewerkschaften. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände haben nach den neuesten uns vorliegenden Ziffern die Mitgliederzahl von drei Millionen überschritten. Zwölf Verbände zählen nach diesen Feststellungen im Februar d. J. allein 2 369 000 Mitglieder. Von den übrigen 47 Verbänden stehen

uns die Abrechnungszahlen vom dritten Quartal 1918, bezw. die Schätzungsziffern der Arbeitslosigkeitstatistik vom 31. Dezember 1918 zur Verfügung. Diese Ziffern dürften aber ebenfalls durch die Masseneintritte seit Beginn des neuen Jahres bei weitem überholt sein. Die erste Million an Mitgliedern erreichten die Gewerkschaften im Jahre 1904, die zweite Million im Jahre 1910. Beim Kriegsbeginn zählten sie 2 483 661 Mitglieder, gingen aber bis 1916 infolge der Masseneingehungen zum Heeresdienst auf 955 887 zurück. Das Jahr 1917 schloß mit 1 095 596 Mitgliedern ab, das Jahr 1918 mit etwa 1 600 000 (die genaue Ziffer steht zurzeit noch nicht fest). Aus dieser stürmischen Entwicklung der Gewerkschaften ist zu erkennen, daß die Arbeitermassen das Vertrauen zu ihren Wirtschaftsorganisationen keineswegs verloren haben, und daß die letzteren berufen sein werden, bei dem bevorstehenden Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft einen hervorragenden Einfluß auszuüben.

Die weiblichen Volksvertreter. Die deutsche Revolution hat den Frauen mit einem Schlage die Befreiung von manchen politischen Fesseln gebracht, an denen sie vorher lange, aber vergeblich gerüttelt haben. Die politische Gleichberechtigung der Frau ist anerkannt; die Frauen dürfen an den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften und zu den Gemeindeverwaltungen teilnehmen, und sie können als Mitglieder in die Parlamente gewählt werden. So hat es das Wahlgesetz zur Nationalversammlung bestimmt, und zweifellos wird die Gleichberechtigung der Frauen auch durch die zu beschließende Verfassung fest verankert werden. Haben doch selbst die reaktionärsten Parteien das Unrecht anerkannt, daß sie dem weiblichen Geschlecht durch die Verweigerung des Wahlrechts bisher zugefügt haben. Alle Parteien haben auch weibliche Kandidaten aufgestellt, und unter den 421 Abgeordneten der gesetzgebenden Nationalversammlung zu Weimar sitzen 36 Frauen.

Am stärksten sind die Frauen in der Sozialdemokratischen Fraktion vertreten, in der sie 10 Sitze einnehmen. Gewählt sind: Wilhelmine Käbler (Berlin), Anna Simon (Brandenburg a. d. H.), Marie Juchacz (Berlin), Elfriede Rymel (Berlin-Treptow), Else Hörs (Stettin), Frieda Hauke (Rattow), Minna Bollmann (Salberstadt), Luise Schröder (Altona), Frieda Hübs (Hannover), Klara Bohm-Schuch (Berlin), Johanna Leich (Frankfurt a. M.), Elisabeth Köhl (Köln), Toni Hüß (München), Ernestine Luge (Dresden), Minna Schilling (Döbeln), Anna Dros (Stuttgart), Minna Eichler (Eisenberg, S.-A.), Johanna Reike (Hamburg), Gertrud Sobahl (Posen). Die beiden letztgenannten waren Buchdruckerhilfsarbeiterinnen und gehörten in der Zeit ihrer beruflichen Tätigkeit unserem Verbands an.

Zur Christlichen Volkspartei gehören 6 weibliche Abgeordnete nämlich: Agnes Neubaus (Dortmund), Frä. Teusch (Köln), Frä. Schmitz (Aachen), Helene Weber (Eberfeld), Hedwig Dransfeld (Werk I. B.).

Die Deutsche Demokratische Partei hat 5 weibliche Abgeordnete: Elisabeth Brönnner (Königsberg i. Pr.), Katharina Klob (Danzig), Elise Effe (Posen), Dr. Marie Baum (Hamburg), Dr. Gertrud Bäumer (Hamburg).

Die Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion zählt 3 weibliche Mitglieder: Luise Riez (Berlin), Anna Hübler (Schkenditz), Lore Agnes (Düsseldorf).

Die nächste Nummer der „Solidarität“ erscheint am 22. März 1919. — Redaktionslokal am 17. März 1919.

Nachruf.

Tief empfunden erhalten wir die traurige Nachricht von dem Ableben der Verbandsvorsitzenden

Frau Paula Thiede.

Durch jahrzehntelanges Zusammenarbeiten bei der Herstellung der „Solidarität“ haben wir ihr uneigennütziges Wirken für die Arbeiterchaft kennen und schätzen gelernt. Persönlich verkörpert wir in Frau Thiede eine treue und liebe Genossin, deren Andenken wir hoch in Ehren halten werden. Wir wünschen ihr die wohlverdiente Ruhe nach diesem arbeitsreichen Dasein. Möge ihr die Erde leicht werden.

Berlin, den 3. März 1919.

Das Personal der Buchdruckerei Georg Eichler.

Beilage zur „Solidarität“

Ar. 5.

Berlin, den 8. März 1919.

25. Jahrgang.

Rheinland-Westfalen.

In der Zeit vom 9. bis 15. Februar fanden im Rheinland und Westfalen mehrere Agitationsversammlungen statt, in denen der Gauleiter des Verbandes, Kollege Stahl aus Frankfurt a. M., über das Thema: „Die Notwendigkeit der Organisation und welche Vorteile hat unsere Kollegenschaft durch die Organisation zu erwarten?“ sprach. Das Referat selbst wurde in allen Versammlungen mit Beifall aufgenommen und zeitigte eine lebhafteste Diskussion. Es kam hierbei so recht zum Ausdruck, daß durch die mangelhafte Organisation in Rheinland-Westfalen so manche Rückstände gegen andere Städte, in denen gute Organisationen vorhanden, zu verzeichnen sind. Allseitig wurde dem Referenten zugestimmt, daß nunmehr versucht werden soll, jeden Kollegen und jede Kollegin zum Eintritt in den Verband zu bewegen. Denn nur dadurch können die Verhältnisse im Rheinland und Westfalen gebessert werden.

Am Sonntag, den 9. Februar, fand die erste Versammlung in Gelsenkirchen statt, welche von 40 bis 50 Mitgliedern besucht war. Es wurden weitere Aufnahmen vollzogen und festgestellt, daß die ab 1. Januar zu zahlenden Teuerungszulagen bis auf einzelne Ausnahmen überall zur Auszahlung gekommen sind. Gleichzeitig wurde die Wahl des Vorstandes vollzogen.

Die Versammlung, die in Essen am 10. Februar abgehalten wurde, war von 30 bis 40 Kollegen besucht. Kolleginnen hatten es nicht der Mühe wert gehalten, in der Versammlung zu erscheinen. Sämtliche anwesende Kollegen erklärten ihren Beitritt zur Organisation. In dieser Versammlung zeigte es sich so recht deutlich, wie notwendig es die Kollegenschaft in Essen hat, sich vollständig der Organisation anzuschließen, sind doch die Löhne unserer Kollegen über 36 Mark wöchentlich eine Seltenheit. Dabei sind die Teuerungszulagen ab 1. Januar nicht erhalten. Die Behandlung, die sich das Hilfspersonal in der Firma Giradet von einigen Vorgesetzten gefallen lassen muß, bedarf dringend der Abhilfe. Wir verweisen heute nur darauf und sehen vorläufig davon ab, die Namen der Vorgesetzten bekannt zu geben, die da glauben, das Hilfspersonal fortwährend schikanieren zu können. Sollte aber eine Veränderung in dem Benehmen dieser Herren nicht eintreten, so scheuen wir uns auch nicht, die Namen der Öffentlichkeit bekannt zu geben und darauf zu bringen, daß sie von ihren Posten, auf die sie nicht gehören, entfernt werden. Die Wahl des Vorstandes, die vorgenommen wurde, bürgt uns dafür, daß es nunmehr auch in Essen wieder vorwärts geht im Interesse der Kollegenschaft.

Einen überaus starken Besuch hatte die Versammlung am 11. Februar in Bochum aufzuweisen. Hier war fast das gesamte Hilfspersonal von Bochum zur Versammlung geeilt. An dieser Stelle danken wir den Herren Prinzipalen für ihre Mitwirkung zum guten Besuch der Versammlung. Unsere Vertrauensperson, Kollegin Dohms, hatte in allen Druckereien von Bochum das Hilfspersonal durch Einladungen von dem Statistenden der Versammlung verständigt, dabei wurde ihr manch hartes Wort seitens der Prinzipale gesagt und es wurde ihr oft die Türe gewiesen. Aber das Gegenteil haben die Herren von dem erreicht, was sie beabsichtigten, wie der Versammlungsbesuch bewies. In der Versammlung selbst konnte man aber auch erfahren, aus welchen Gründen die Herren Prinzipale versucht hatten, das Hilfspersonal von dem Besuche der Versammlung abzuhalten. Kolleginnen im Alter von über 20 Jahren, die zwei und drei Jahre bei ein und derselben Firma tätig sind, erhalten einen Wochenlohn von 10 bis 15 Mark! Daß bei solchen Löhnen die Prinzipale alle Ursache haben, die Organisation aus ihren Betrieben fern zu halten, ist uns begreiflich.

Die Kollegenschaft, die sich nunmehr vollständig der Organisation angeschlossen hat, wird es aber nunmehr möglich machen, daß auch in Bochum menschenwürdige Löhne gezahlt werden. Auch hier in Bochum wurde gleichzeitig die Wahl des Vorstandes vollzogen.

Die für den 12. Februar in Duisburg angedachte Versammlung konnte umständehalber nicht abgehalten werden. Eine Aussprache, die stattfand, hat dazu beigetragen, daß in ganz kurzer Zeit auch hier das Verfaulende nachgeholt wird. Anfangs März soll in Duisburg eine Agitationsversammlung stattfinden und wir hoffen auch hier weitere Erfolge für unsere Organisation und die Kollegenschaft zu erzielen.

In Düsseldorf fand die Versammlung am 13. Februar statt, die leider nur einen schwachen Besuch aufzuweisen hatte. Erschienen waren zirka 30 Kollegen und Kolleginnen. Die Teuerungszulage ist auch in Düsseldorf an das Hilfspersonal zur Auszahlung gebracht worden, bis auf das Warenhaus Tieb, das sich dazu noch nicht bequemen wollte. Unsere Organisationsleitung wird dafür zu sorgen haben, daß diesem Warenhaus klar gemacht wird, daß eingegangene Verpflichtungen zu halten sind. Ein Teil Neuaufnahmen wurden auch hier in Düsseldorf vollzogen. Des Weiteren wurde festgestellt, daß im Transportarbeiterverband fast sämtliche Rotationshilfsarbeiter der Düsseldorfser Zeitungen organisiert sind. Unsere Organisationsleitung wurde beauftragt, mit diesen Kollegen und auch mit dem Transportarbeiterverband in Verbindung zu treten, damit diese Kollegen der für sie zuständigen Organisation überwiesen werden. In einer Firma wurde festgestellt, daß unsere Kollegenschaft daselbst noch täglich 9½ Stunden arbeiten muß. Auch hier soll die Verwertung für Abhilfe sorgen.

Die Vorbereitungen, die für die in Elberfeld am 14. Februar stattfindende Versammlung getroffen wurden, hätten einen stärkeren Besuch erwarten lassen. 40 Kollegen und Kolleginnen waren hier anwesend. Es wurden 21 Neuaufnahmen vollzogen. Weitere sollen folgen. In Elberfeld sind die Lohnverhältnisse verbesserungsbedürftig. Hier kommt hauptsächlich die Firma Lukas in Frage, die sich noch nicht dazu emporheben kann, dem Hilfspersonal einen der Zeit entsprechenden Lohn zu zahlen. Deshalb ist es notwendig, daß die Kollegenschaft in Elberfeld sich mehr der Organisation anschließt, damit auch in Elberfeld für das Hilfspersonal Löhne geschaffen werden, die es demselben ermöglichen, auskommen zu können.

Die Versammlung, die am 15. Februar in Iserlohn stattfand, hatte darunter zu leiden, daß am gleichen Abend ein größeres Fest stattfand, zu dem die Kollegenschaft mehr Interesse zeigte, als zum Besuche der Versammlung. Es waren zirka 30 Kollegen und Kolleginnen anwesend, darunter ein Teil, der im Christlichen Verband organisiert ist. In der Firma, in der dieselben beschäftigt sind, muß noch täglich 10 Stunden gearbeitet werden. Auch in Iserlohn wurden eine Anzahl Neuaufnahmen gemacht.

Hiermit erreichte die Agitationstour in Rheinland-Westfalen ihr Ende. Vieles ist hier noch verbesserungsbedürftig, vieles kann hier noch nachgeholt werden, wenn die Kollegenschaft dafür sorgt, daß der Organisationsgedanke sich immer weiter fortpflanzt. Tut jeder in der nächsten Zeit seine Pflicht, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

A. K a l b.

Korrespondenzen.

Augsburg. Am 16. Februar tagte unsere außerordentlich gut besuchte Generalversammlung. Den Vorstandes- und Kassenericht, der ein überaus erfreuliches Bild ergab, erstattete Kollege Barth. Es ist uns gelungen, mit der Firma

Burger eine Vereinbarung zu treffen, wonach für unsere Kollegen eine wöchentliche Zulage von 5 bis 7 Mk., für Kolleginnen 4 bis 5 Mk., für Einlegerinnen 5 Mk., für Hilfsarbeiterinnen 2,50 bis 4,50 Mark ausgezahlt wird. Der Kassenericht ist sehr günstig und schließt mit 1755,— Mk. Einnahmen und Ausgaben ab. Veranschlagt wurden für arbeitslose und kranke Mitglieder 542,60 Mk., während wir an die Hauptkasse 889,47 Mk. abschicken konnten. Gleich günstig ist das Resultat für unsere Ortskasse, für welche wir einen Kassenbestand von 708,78 Mk. buchen können. Der Mitgliederbestand betrug am 30. September 1918 zusammen 50 Mitglieder und hat nunmehr die Höhe von 175 erreicht, so daß wir konstatieren können, daß 95 bis 97 Prozent der hiesigen Druckerei-Hilfsarbeiter organisiert sind. Von den zum Generalsdiensteinberufenen 15 Mitgliedern sind leider vier gefallen und die Versammlung ehrte ihr Gedächtnis durch Erheben von den Sitzen. Kollege Bogenhart stellte fest, daß sich Kasse und Bücher in tadelloser Ordnung befinden, worauf Kollege Lehmeier der großen Verdienste gedachte, die sich unser Kollege Barth während des Krieges um unsere Organisation erworben und hat demselben Entlastung zu erteilen, was auch einstimmig geschah. Mit gespanntem Interesse verfolgte die Versammlung die Ausführungen des Kollegen Lehmeier über das Schicksal der Teuerungszulage. Derselbe führte u. a. aus, daß sich die hiesigen Prinzipale trotz des klaren Wortlauts der Verfügung des Denobilismachungs-Kommissars immer noch weigern, diese wohlverdiente Zulage an ihre schlecht entlohten Hilfsarbeiter zu zahlen. Da die Verfügung aber Gesetzeskraft hat, so werden sie wohl oder übel in den lauren Apfel beißen müssen. Ob sie die gegenwärtige Regierung anerkennen oder nicht, ist vollständig nebensächlich. Nachdem unser Gauleiter, Kollege Schmid, beim Denobilismachungs-Kommissar für Bayern in dieser Sache vorstellig wurde, gelangte unterm 11. Februar seitens des Ministeriums für soziale Angelegenheiten eine Aufforderung an die Prinzipale, die festgesetzten Zulagen ab 1. Januar 1919 zu zahlen, widrigenfalls auf Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren oder 100 000 Mk. Geldstrafen erkannt wird, was von der Versammlung mit Beifriedigung aufgenommen wurde. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Fröh Lehmeier, als Kassierer Georg Barth, als Schriftführer Adolf Speyer gewählt. Unter Beschließenem konstatierte der Vorsitzende, daß verschiedene Kolleginnen von unberufenen Personen ausgefragt wurden, was in den Versammlungen gesprochen wird und warnt dieselben, sich nicht zu elenden Denunzianten herzugeben. Kollege Barth kam noch auf die Volksfürsorge zu sprechen und erklärte den Zweck und Nutzen dieser Volksversicherung, worauf Kollege Lehmeier die einbruchsvolle Versammlung mit einem freudig aufgenommenen Hoch auf unsern Verband schloß. So ist mit der Revolution auch eine neue Zeit für die hiesige Druckerei-Hilfsarbeiterschaft angebrochen. Lange genug hat es gedauert, bis unsere Kollegenschaft begriffen hat, daß nur die Organisation imstande ist, sie vor schmählicher Ausbeutung zu schützen. Dank der energischen und uner müdlichen Tätigkeit unserer Verwaltung ist die hiesige Zahlstelle eine Macht geworden, mit der die Prinzipale rechnen müssen und wir sind nunmehr reif für den Tarif. Aber auch die Prinzipale haben durch ihre geradezu unbegreifliche soziale Rückständigkeit und ihren Mangel an Einsicht wesentlich zur Stärkung unserer Organisation beigetragen. Es war überaus erfreulich zu beobachten, von welch schönem, kollegialen Geist die Kollegenschaft besetzt ist und der Geist der Zweitracht wird keinen Raum mehr finden. Einigkeit und Treue werden uns auch hier zum Ziele führen.

Vielefeld. Am 13. Februar fand in der Eisenhütte eine gut besuchte allgemeine Versammlung statt, die sich mit den Lohnverhältnissen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma E. Gundlach, Akt.-Ges., beschäftigte. Der zur Information nach Vielefeld gerufene Gauleiter, Kollege Spatzl aus Hannover, nahm auf Grund der vorgetragenen Klagen des Hilfspersonals, die von den anwesenden Buchdrucker- und Buchbindergehilfen bestätigt wurden, das Wort und stellte den herrschenden Teuerungszulagenverhältnissen und den Ernährungs-schwierigkeiten die in dieser Firma noch üblichen

Hungerlöhne gegenüber. Die Firma weigert sich auch, dem Buchdruckerpersonal die vom Demobilisationsamt angeordnete, Teuerungszulage zu zahlen, weil sie befürchtet, dann auch der übrigen Arbeiterschaft höhere Löhne zahlen zu müssen. Bei Wochenlöhnen von 10 bis 20 Mk. für weibliches Personal, das 14 tägig zur Auszahlung kommt, und 21 bis 35 Mk. inkl. „Teuerungszulagen“ für männliches, kann von einem menschenwürdigen Dasein, das diese Arbeiterschaft fristen muß, nicht mehr gesprochen werden. Zu welchen Mitteln diese Firma greift, um den mäßelosen Profit der Aktionäre auf Kosten der hungernden Arbeiter zu steigern, zeigt die Behandlung der aus dem Felde zurückgekehrten Weibchen und Hilfsarbeiter, denen im ersten Vierteljahr ihrer wieder aufgenommenen Tätigkeit keine Teuerungszulagen bezahlt werden. Solche himmelschreienden Zustände können nur dann beseitigt werden, wenn sich die Arbeiter in ihren Gewerkschaftsorganisationen zusammenschließen. Mit starkem Beifall bewies die Versammlung, daß der Redner in ihrem Sinne gesprochen hatte. Nach ausgiebiger Diskussion, in der aus dem Schriftwechsel mit der Firma festgestellt wurde, daß diese sich auch den Forderungen des Buchdruckerpersonals gegenüber ablehnend verhält, beschloß die Versammlung einmütig, daß die vom Demobilisationsamt festgesetzten Zulagen für das gesamte Personal gefordert werden sollen, und der Ausschuß mit Kollegen Sparschuß am nächsten Tage bei der Geschäftsleitung die Wünsche des Personals vertreten soll. Bevor dieser Beschluß noch zur Ausführung kommen konnte, entließ die Firma einen unserer Kollegen plötzlich, der sich in der Bewegung der Interessen der Kollegenschaft angenommen hatte. Dieses Vorgehen der Firma wird ihre Wirkung auf die Arbeiterschaft insofern nicht verfehlen, als sie den Dummsten klar gemacht hat, daß sie anstatt die gerechten Forderungen zu erfüllen, weiter die Hungerpeitsche schwingen will. Ueber den Verlauf der Bewegung werden wir noch berichten.

Breslau. Ordentliche Generalversammlung am 9. Februar. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende zunächst die vom Seeresdienst zurückgekehrten Kollegen und sprach im Anschluß hieran sein Bedauern darüber aus, daß die Kollegen nach der Rückkehr in die Heimat nicht das gesunde haben, auf was sie nach treuer Pflichterfüllung ein gutes Recht haben, nämlich die Wiedereinstellung an ihre verlassenen Arbeitsplätze. Die Kollegen sind dadurch gezwungen, in anderen Berufen Beschäftigung zu suchen, die sie auch zum Teil dort gefunden haben. Das hat naturgemäß Uebertritte im Gefolge. Der Vorsitzende machte daher die betreffenden Kollegen darauf aufmerksam, sich bei Uebertritten erst genau über die Beitragsanrechnung, Warenazeit und das Unterstützungswesen zu informieren, da auch in anderen Organisationen während des Krieges der Zeit entsprechende Änderungen vorgenommen worden sind. Des weiteren warnte Redner vor übereilten Uebertritten, da ja doch auch im Buchdruckgewerbe wieder bessere Verhältnisse eintreten werden. Als zurückgekehrt sind zurzeit 30 Kollegen zu verzeichnen, 10 haben sich noch nicht gemeldet. Das Andenken der Gefallenen, sowie das der verstorbenen Kollegin Frau Marie Meiß ehrte die Versammlung in üblicher Weise. Hierauf erfolgte die Rechnungslegung für das vergangene Geschäftsjahr, aus welchem zu ersehen war, daß sich die Einnahmen gegen das Vorjahr mehr als verdoppelt haben. An Arbeitslosen-Unterstützung wurden 192,80 Mk., an Kranken-Unterstützung 167 Mk. verausgabt. Da auch der Zugang der Mitglieder ein nennenswerter zu nennen ist, hat demzufolge auch die Ortskasse einen höheren Bestand aufzuweisen als im Vorjahr, trotz der Abgabe von 96 Mk. an den viel umstrittenen Gaueserfonds. Als Kartellbeitrag hatten wir 64 Mk. abzuliefern. Als Remuneration wurden 60 Mk. verausgabt. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung. Im Anschluß hieran gab der Kassierer noch Auskunft über die Verwendung der Weihnachtssammlung, die ebenfalls von der Versammlung genehmigt wurde. Zum 3. Punkt der Tagesordnung schilderte der Vorsitzende die bis jetzt gegebenen Teuerungszulagen im Verhältnis zum Druckpreistarif. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß in Bezug auf die Teuerungszulagen noch sehr viel nachzuholen ist, was eigentlich nicht mehr nötig wäre, wenn die Mitglieder, die hierbei am schlechtesten abgeschnitten haben, mehr Mutmaßung bewiesen hätten. Sie haben leider nicht verstanden, ihre Interessen während des Krieges wahrzunehmen. Sie stehen in ihrer großen Mehrzahl auf dem Standpunkt, mit der Zahlung des Beitrages ihrer Pflicht als Mitglied Genüge zu tun, dabei übersehen sie, daß nicht der Vorstand, sondern die Mitglieder den Verband bilden. Auf Grund dieser irrigen Annahme

konnte sich auch die Firma Schalki erlauben, ihren Anlegerinnen bei der Januarzulage 1,50 Mk. anzubieten, und da böse Beispiele bekanntlich gute Sitten verderben, erhielten auch die Anlegerinnen der Firma Schenkalski dieselbe allem Hohn sprechende Zulage. Alle Verträge der Ortsverwaltung, solche Tringelder energisch zurückzuweisen und geschlossen eine den Verhältnissen entsprechende Zulage zu fordern, scheiterte an der beneidenswerten Zufriedenheit der in Frage kommenden. Ein nicht zu unterschätzender Faktor an solchen Zuständen ist die persönliche Missetätigkeit und Uneinigkeit der Kolleginnen in den einzelnen Betrieben, wobei der Unternehmer als der lachende Dritte sich vernünftig die Hände reibt. Die Hauspflicht aber tragen die an solchen Zuständen, welche immer noch abseits der Organisation stehen, die mit ernten, was andere säen, auch diejenigen, die den Einstüßungen dieses oder jenes „Der“ willig ihr Ohr leihen und der Organisation fern bleiben. Nach der letzten Statistik bewegen sich die Teuerungszulagen zwischen 25 bis 75 Prozent, ganz vereinzelt 100 Prozent zu den vor dem Krieg geübten Löhnen, die schon damals als zeitgemäße Löhne nicht mehr angesprochen werden konnten. Die zurückgekehrten Kollegen nahmen von diesen Zuständen mit Befremden Kenntnis und bedauerten, noch außerhalb der Betriebe stehen zu müssen, wodurch ihnen jede direkte Mitarbeit an dem Ausbau der Organisation verweigert ist. Zum 4. Punkt der Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren, ergriß zunächst der Vorsitzende das Wort und wies darauf hin, daß seit Kriegsbeginn der Vorstand nie vollzählig war und er seit Oktober 1917 alle Geschäfte allein zu besorgen hatte, nebenbei auch noch die Agitation und Hauskassierung erledigte. Es ist deswegen von den Heimgekehrten verständlich der Wunsch ausgesprochen worden, nun wieder geordnete Verhältnisse in dieser Beziehung eintreten zu lassen. Ich persönlich, fuhr Redner fort, begrüße den Wunsch der Kollegen mit Freuden, weil ich mir dadurch eine bedeutende Entlastung meiner Arbeitsleistung verspreche, die ich infolge meines Alters auch übertragen kann. Ich bin selbstverständlich bereit, die Kassengeschäfte weiter zu erledigen, wenn die Versammlung damit einverstanden ist. Durch die Vollbesetzung des Vorstandes muß folgerichtig mehr Leben und Bewegung in die Zahlstelle hineingetragen werden. Die Versammlung stand auf demselben Standpunkt und wählte zum Vorsitzenden Kollegen Reinhold, zum Schriftführer Kollegen Niebisch, als Beisitzer Kollegen Kraut und Kollegin Kroworck. Als Revisoren wurde Kollege Hoyer wieder und Kollege Wuttke neu gewählt. Die Wahl einer Agitationskommission wurde vertagt und der Vorstand beauftragt, einen geeigneten Agitationsplan vorzubereiten, um an der Hand dessen zu prüfen, ob die zu wählenden auch der Aufgabe gewachsen sind. Zum Schluß dankte der Kollege Kraut im Namen der Anwesenden dem Kollegen Abend für seine Bemühungen um das Wohl der Zahlstelle und bemerkte hierbei, daß, wenn nicht alles so geworden ist, wie er erhofft, so ist das gewiß nicht die Schuld des Zahlstellenleiters. Er forderte die Anwesenden auf, einzustimmen in ein dreifaches Hoch auf die Zahlstelle. Hierauf schloß der Vorsitzende die in allen Punkten interessante Versammlung.

Crimmitschau. „Es nützt nichts“, diese Devise des Klein- und Schwachmuts war gewissermaßen die einzige Äußerung gewerkschaftlichen Lebens der hiesigen Kollegenschaft innerhalb des letzten Jahres. Kaum ein Viertelhundert von etwa 150 an Orte beschäftigten Berufsangehörigen gehörten der Organisation an. An der Gewinnung des erheblichen Restes verzweifeln sie. Dementprechend waren die „Löhne“. Besonders in der Kunststadt von Ghöb n. Kiehlitz, einem der größten Steindruckbetriebe Sachsens. Männliche, in der Vollkraft des Lebens stehende Familienväter mit höchstens 32 Anlegerinnen mit einer Dienstzeit von einem Duzend Jahren und darüber und 16 Mk. Wochenlohn bildeten die Elite dieses Druckerhilfsproletariats. Von Kriegs- und Teuerungszulagen bis in die Jetztzeit hinein nicht die mindeste Spur. Besonders trüb wird diese wucherliche Ausbeutung durch zwei Fälle illustriert. Ein kürzlich aus dem Felde zurückgekehrter und wiederingestellter Familienvater erhielt den Dank des Vaterlandes in solcher „Höhe“, daß er sich als wohlbestallter Angestellter dieser Firma in seiner Notlage um einen Zuschuß an die Arbeitslosenfürsorge glaubte wenden zu können und einer bereits über 11 Jahre in diesem Tempel beschäftigten, allerdings taubstummen Kollegin mit sage und schreibe zwölf beidseitigen Reichsmark Wochenverdienst mußten befreundete Weibchenangehörigen ein Gratisunterkommen bieten, damit deren wöchentlich „Kriegsgewinn“

wenigstens zur ausschließlichen Kräftigung des Lebens verwandt werden konnte. Das schleifische Weberelend in vergrößerter Form! Allerdings ließ die „Geschäftslage“ dieses Infinitivs, das mag hier nach den eigenen Worten der Direktion noch hervor gehoben werden, eine höhere Entlohnung nicht zu, denn 1917/18 war man nur in der Lage, seinen Aktionären die Kleinigkeit von 18 Prozent Dividende überweisen zu können. Direktion und Aktionäre werden wir deshalb demnächst wohl in moderner Schaustellung als Hungerkünstler auftreten sehen. Schuld an diesen „Zuständen“ trug nicht ausschließlich die geschäftsgewandte Firma. In gleichem, wenn nicht noch höherem Maße die Arbeiterschaft selbst. Wohlbekannt war ihr nämlich, daß durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß diese unwürdigen Zustände abänderungsfähig waren. In nächster Nähe boten ihr hierfür die Textilarbeiter tagtäglich das beste Beispiel. Und auch der Ruf unserer Gauleitung ist des Besten an sie ergangen. Aber die Damenschrauben der Teuerung mußten noch fester angezogen werden, ehe es der planmäßigen und intensiven Auffklärungsarbeit gelang, diese Feste des Schwachmuts und der Indifferenz zur bedingungslosen Kapitulation zu veranlassen. Nahezu reiflos in der Kunststadt erfassten Buchdrucker und wir in letzter Zeit die dort Beschäftigten. Sogar auf andere Betriebe begannen die Funken überspringen. Damit ist der Zeitpunkt gekommen, nun auch die kaum die Säge der Crimmitzschauer Arbeitslosenfürsorge erreichenden „Löhne“ einer zeitgemäßen Korrektur zu unterziehen. In einer am 14. Februar stattgehabten vollzählig besuchten Versammlung wurden Arbeiterauschuß und die beiden in Betracht kommenden Gauleitungen einstimmig beauftragt, mit einer Zulagenforderung von 10 Mk. für männliche und 7 Mk. für weibliche Hilfspersonen an die Geschäftsleitung heranzutreten. Weitergehende Forderungen wurden zunächst abgelehnt, da das während der ganzen Kriegszeit Versäumte nicht mit einem Schläge nachgeholt werden könne. Diefem Auftrage sind die Organisationsleitungen nachgekommen und haben am folgenden Tage in einer noch zahlreicher besuchten Betriebsversammlung Bericht erstattet, wonach innerhalb einer Woche eine definitive Antwort der Firma zu erwarten ist. Obwohl ein Teil der Anwesenden diese Verzögerung unter keinen Umständen billigte, sprach die Majorität der Zeitung ihr Vertrauen aus, brachte dabei aber unabweisbar zum Ausdruck, daß „ihre Zufriedenheit mit den bisherigen Zuständen“ eine härtere Belastungsprobe nicht verträgt. Sie sind erwach! Nun wird es „nützen“! Herrsch! weiter die bisherige Disziplin, so braucht niemand um den Erfolg zagen. Inzwischen haben die Verhandlungen mit der Geschäftsleitung ihre Beendigung gefunden. 6 Mk. für männliche und 4 Mk. für alle weiblichen pro Woche sind das Ergebnis mehrmals dem Abbruch nahe Verhandlungen. Im Hinblick darauf, daß innerhalb der Kriegszeit einschließlich sämtlicher Zulagen bis zum Verhandlungstage nur rund 50 Prozent Steigerung des Friedenslohnes eingetreten war, ein der obwaltenden Teuerung gegenüber mageres Resultat. Kein Baum jedoch fällt auf einen Hieb. Weberzigt die Kollegenschaft in der Folge die Lehrer der Berichterstattung, schließt sie die vorhandenen Lücken, bewahrt sie die gezeigte Disziplin, tut sie der Organisation gegenüber ihre Pflicht und steht sie weiter in vollem Vertrauen zu ihrer Zeitung, so sind die Tage nicht fern, wo auch die Kollegenschaft dieses Weberstädtchens hinsichtlich ihrer Löhne gleichwertige Verhältnisse sich errungen haben wird, wie sie an ähnlich großen Orten hiesig sind. Jeder hat daran mitzuarbeiten in seinem eigenen Interesse! Was die Räte vier harter Kriegsjahre nicht zustande brachte, wurde hier in einmaligem Ansturm unter Führung des Verbandes erreicht. Fort daher mit Klein- und Schwachmut. Es nützt!

Salle. Durch Vorgehen im Auftrage unserer Gauleitung erhielten die Kollegen der Halleischen Spielkartenfabrik für männliche Hilfspersonen 8 Mk., für weibliche 6 Mk. pro Woche an Zulagen.

Adressenveränderungen.

- Daugen.** Vorsitzender: August Nikol, Richtstraße 6. Kassierer: August Volk, Lauengraben 24 E. 1.
- Dielefeld.** Vorsitzender und Kassierer: Albert Fuß, Ehrentruppenweg 27.
- Karlruhe i. B.** Vorsitzender: Adolf Kiege, Eifenweinstr. 44 III. Kassierer: Rob. Baible, Kaiserstr. 127 V.
- Weimar.** Vorsitzender: Oskar Littmann, Köhrstr. 46. Kassierer: Karl Müller, Rittergasse 12.